

DGfPI e.V. · Sternstraße 9–11 · 40479 Düsseldorf

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Bundesministerin Christine Lambrecht
Mohrenstr. 37
10117 Berlin

Düsseldorf, 06.07.2020

Offener Brief der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung, -vernachlässigung und sexualisierter Gewalt e.V. (DGfPI)

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lambrecht,

Anfang letzter Woche haben Sie Ihre Pläne bekannt gegeben, wie Sie auf die jüngsten Fälle sexueller Gewalt gegen Kinder reagieren wollen. Als Fachverband für den Kinderschutz in Deutschland nehmen wir hierzu Stellung.

Wir halten die Fortbildung von Familienrichtern für ein aktuell zentrales Anliegen. Seit vielen Jahren haben wir Erfahrung in der Fortbildung von Fachkräften des Kinderschutzes (in enger Kooperation mit dem BMSFSJ) und sind deshalb in der Lage, ein tragfähiges Konzept für Ihre Pläne zu entwickeln und umzusetzen. Wir erwarten – auch kurzfristig – hierzu ein Gesprächsangebot aus Ihrem Hause.

Inhaltlich weisen wir darauf hin, dass Ihre Initiative die Opferseite nicht ausreichend berücksichtigt. Seit langem – mindestens seit Einrichtung des Runden Tisches 2010 – haben wir gefordert, die unabhängigen Beratungsstellen strukturell und finanziell abzusichern. Hierzu ist in den letzten Jahren leider nichts passiert. Immer noch gibt es Beratungsstellen, die in ihrer Arbeit von Bußgeldzuweisungen abhängig sind und die deshalb ihren Fachkräften keine ausreichende berufliche Perspektive geben können.

Die Änderung der Einordnung der Delikte um sexuelle Gewalt gegen Kinder ist nachzuvollziehen. Damit nehmen Sie der Praxis die Möglichkeit, Verfahren nach den §§ 153 ff. StPO einzustellen. Allerdings sind die Folgen der geplanten

DGfPI e.V.
Sternstraße 9–11
40479 Düsseldorf

Telefon
+49 (0) 211 - 4976 80-0

Telefax
+49 (0) 211 - 4976 80-20

E-Mail:
info@dgfpi.de

www.dgfpi.de

Geschäftsführender
Vorstand:
Prof. Dr. Wolfgang
Feuerhelm (Vorsitzender)
Monika Egl-Alge
Anna Pallas
Signid Richter-Unger

Geschäftsführer:
Matthias Nitsch

Amtsgericht Düsseldorf:
VR 10316

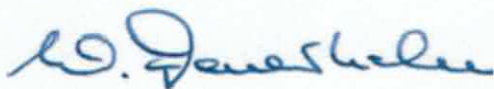
Steuer-Nr.:
103/5921/1192

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE 46370205
000001131100
BIC: BFSWDE33XXX



Änderung eher unklar. Ob sich dann die Strafzumessung in Richtung auf härtere Strafen ändert oder ob bei bestehenden Zweifeln der Staatsanwaltschaften Freisprüche häufiger werden, kann nicht vorhergesagt werden. Deshalb raten wir dringend dazu, den Effekt der gesetzlichen Änderung durch eine unabhängige Evaluation zu überprüfen.

Es grüßt Sie herzlich



Prof. Dr. Wolfgang Feuerhelm
Vorsitzender des Vorstands der DGfPI